Resolution zur Kreistagssitzung am 14.12.2020

Haushalt 2021----Umverteilung jetzt - Lasten der Corona-Krise gerecht verteilen und kommunale Aufgaben finanzieren

Beschluss:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich für die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe nach Art. 106, Absatz 1, Nummer 5 Grundgesetz, um die Lasten der Corona-Krise gerecht zu verteilen und gerade in der Krise kommunale Aufgaben und Investitionen auskömmlich zu finanzieren.
2. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus, um insbesondere das Land Hessen, die Kommunen und Landkreise besser in die Lage zu versetzen, dauerhaft die notwendigen sozialen Ausgaben zu tätigen.
3. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich für die Reform der Erbschafts- und Einkommenssteuer aus, um die Steuerlast sehr hoher Einkommen zu erhöhen und mittleres und geringe Einkommen zu entlasten.
4. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich für die Streichung der Schuldenbremse, dem Aussetzen der Tilgung für die Hessenkasse aus, um auskömmliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in den Kommunen und Landkreisen (Schulen, Schwimmbäder, Sportstätten etc) zu tätigen.
5. Der Kreistag Darmstadt Dieburg spricht sich gegenüber der hess. Landesregierung, dem Bundesrat, der Bundesregierung aus, obige Maßnahmen zeitnahe umzusetzen

Begründung:

Die Bundes-, Landesregierung und die EU haben wegen der Corona-Krise Hilfspakete im Umfang von hunderten Milliarden Euro beschlossen. Die Regierenden wollen die zusätzlich aufgenommenen Schulden zeitnah zurückzahlen, die Schuldenbremse gilt weiter. Es besteht die Gefahr, dass die Kosten der Krise auf die breite der Bevölkerung abgewälzt werden. Für eine gerechte Bewältigung der Corona-Krise und der nachfolgenden Kosten sind obige Maßnahmen notwendig, um Reiche und Vermögende angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die notwendige Finanzierung der zu erwartenden Krisenkosten sollen unbürokratisch aus dem Sondervermögen des Landes Hessen erfolgen. Um eine dauerhafte Verschlechterung der Finanzsituation des Landes und seiner Gebietskörperschaften zu vermeiden und den hieraus möglichen sozialen Kahlschlag zu verhindern, sind o.g. Maßnahmen voranzutreiben. Es ist richtig, dass Bund und Land zunächst die Ausfälle der Gewerbesteuer kompensieren. Um die Kommunen und den Landkreis Da/Di aber auch kurzfristig weitere finanzielle Handlungs- und

Planungssicherheit zu verschaffen, sollten Mehreinnahmen aus obigen Maßnahmen auch den Gebietskörperschaften zu Gute kommen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antragsschluss
DIE LINKE Da/DI